

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

1. Auftraggeber (AG)

Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz
Diether-von-Isenburg-Straße 7
55116 Mainz

2. Art der Vergabe

Verhandlungsvergabe nach VV für öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz; Auftragswertgrenze nach VV 4.2. Nach §12 Abs. 4 UVgO behalten wir uns vor, den Zuschlag auf ein Angebot auch ohne Verhandlung zu erteilen. Angebote per Post werden angenommen. Nebenangebote sind zugelassen. Grundlage dieser Ausschreibung ist

- die Durchführung einer Auftragsvergabe nach den einschlägigen vergaberechtlichen Vorgaben der Verwaltungsvorschrift „Öffentliches Auftragswesen in Rheinland-Pfalz“ vom 18.08.2021.
- Aufforderung zur Angebotsabgabe
- Abschluss eines Vertrags mit dem wirtschaftlichsten Bieter

Bewertung und Zuschlag:

Bei der Entscheidung über die Auftragserteilung wird das wirtschaftlichste Angebot berücksichtigt.

3. Gegenstand der Anfrage

Anlass: Im Zuge eines Moorschutzprojekts in der Eifel (Mosbruch) werden die Entwässerungsgräben in einem Moor verschlossen, um den Wasserhaushalt des Feuchtgebietes wieder zu stabilisieren. Dazu werden diese Gräben teilweise voll verfüllt. Für die Verfüllung eignet sich Sägemehl, das im weiteren Schritt mit Hackschnitzeln vermischt und händisch in die Gräben verbracht wird. Da es sich um ein sensibles Ökosystem handelt, muss das Material vollkommen unbelastet sein. Für die Maßnahmen im Jahr 2024 werden 270 m³ Sägemehl benötigt. Der Lieferort liegt an einem befestigten Wirtschaftsweg in Mosbruch und befindet sich innerhalb eines Naturschutzgebietes. Daher ist es wichtig, dass nur der ausgewiesene Lagerplatz für die Ablagerung des Materials genutzt wird (s. Karte im Anhang).

Leistungsumfang: Bereitstellung und Lieferung von 270 m³ Sägemehl

Die **Anforderungen** sind wie folgt:

- Sägemehl aus regionaler, nachhaltiger Forstwirtschaft
- Naturbelassenes Material, unbehandelt
- Saugfähiges Weichholz ohne Rinde
- Menge: 270 m³
- Lieferung bis **01.07.2024** nach 56767 Mosbruch, Mosbrucher Weiher ([LINK](#) zu google maps). Der genaue Abladeort kann der Karte in Anhang 4 entnommen werden. Die Zufahrt erfolgt über einen befestigten Wirtschaftsweg. Details zur Lieferung und möglichen Lieferintervallen werden vorab telefonisch besprochen.

4. Angebotseinreichung

Bitte reichen Sie Ihr kostenloses Angebot inkl. der Anlagen 1, 2 und 3 mit Unterschrift bis zum **13.05.2024** um **12 Uhr** ein. Angebote können direkt **über das Vergabeportal oder per Post** an die oben genannte Adresse des Auftraggebers eingereicht werden. Auf dem Postweg eingereichte Angebote müssen gut sichtbar mit „*Vergabeunterlagen – nicht öffnen*“ auf dem Umschlag gekennzeichnet sein.

Zuschlag, Bindung an das Gebot:

Die Erteilung des schriftlichen Zuschlags erfolgt spätestens am **20.05.2024** um **12 Uhr** an den wirtschaftlichsten Bieter. Nach §12 Abs. 4 UVgO behalten wir uns vor, den Zuschlag auf ein Angebot auch ohne Verhandlung zu erteilen.

Anlagen:

1. Eigenerklärung
2. Verpflichtungserklärung
3. Angebotsblatt
4. Karte mit Liefer-Standort

Anlage 1

Öffentliche Aufträge werden an fachkundige und leistungsfähige (geeignete) Unternehmen vergeben, für die keine Ausschlussgründe vorliegen. Durch Eigenerklärung bestätigt jede:r Bearbeitende, dass kein zwingender und kein fakultativer Ausschlussgrund gem. §§ 123 und 124 GWB vorliegt.

Eigenerklärung, dass kein zwingender oder fakultativer Ausschlussgrund vorliegt

Ich/Wir erkläre(n), dass

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
2. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nicht nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
3. ich/wir ausgeschlossen werden kann/können, wenn der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
4. kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
5. keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
6. das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
7. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln,
8. das Unternehmen
 - a. nicht versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,
 - b. nicht versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte,
 - c. nicht fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

Ich/Wir erkläre(n), nicht gegen § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes und § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes verstoßen zu haben.

Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir bei Nichtabgabe der Erklärung bzw. unvollständiger oder nicht rechtzeitiger Abgabe bei der betreffenden Auftragsvergabe unberücksichtigt bleibe/n. Bei Abgabe unzutreffender Erklärungen kann ich/können wir künftig von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Bieter/in (Name, Adresse)

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Anlage 2

1. Verpflichtungserklärung „Tariftreue“ und „Mindestentgelt“ nach dem LTTG

zur Tariftreue für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Landesgesetzes zur Gewährleistung von Tariftreue und Mindestentgelt bei der öffentlichen Auftragsvergabe (LTTG) vom 01.12.2010 (GVBl. S. 426); zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.11.2019 (GVBl. 334)

- Wir/ich verpflichte/n uns/mich, unseren/meinen Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt von mindestens 9,82 € (brutto) pro Stunde zu bezahlen.
- Wir/ich verpflichte/n uns/mich, unseren/meinen Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts zu gewähren, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist.

2. Eigenerklärung, dass bezüglich SchwarzArbG kein Ausschlussgrund vorliegt

Wir/ich erkläre/n, dass weder das Unternehmen noch Vertretungsberechtigte des Unternehmens im Zusammenhang mit der Tätigkeit für das Unternehmen nach

1. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11, SchwarzArbG,
 2. § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuchs,
 3. §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder
 4. § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches
(vgl. § 21 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung SchwarzArbG)
- zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagesätzen rechtskräftig verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € oder
 - nach § 23 des Gesetzes über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen (AEntG) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € oder
 - nach § 21 des Gesetzes zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns (MiloG) mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 € belegt worden sind.
 - Straf- oder Bußgeldverfahren wegen Verstoßes gegen das/die genannte(n) Gesetz(e) sind gegen uns/mich nicht anhängig. Den Einsatz von Subunternehmern machen wir davon abhängig, dass diese gegenüber ihrem jeweiligen Hauptunternehmer eine gleichartige Erklärung abgeben.
 - Uns/mir ist bekannt, dass wir/ich bei Nichtabgabe der Erklärung bzw. unvollständiger oder nicht rechtzeitiger Abgabe bei der betreffenden Auftragsvergabe unberücksichtigt bleiben. Bei Abgabe unzutreffender Erklärungen können wir/kann ich künftig von der Teilnahme am Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Bieter/in (Name, Adresse)

Ort, Datum

Unterschrift, Firmenstempel

Anlage 3

Angebotsblatt

Angebotsaufforderung durch Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz Moorschutzprogramm Diether-von-Isenburg-Str. 7, 55116 Mainz	Name und Anschrift der Bieterin/des Bieters
--	--

Angebot

Leistungsgegenstand: Bereitstellung und Lieferung von 270 m³ Sägemehl (Weichholz, unbehandelt)

Leistungszeitraum: bis **01.07.2024**

1. Umfang des Angebots

Das Angebot umfasst neben diesem ausgefüllten Angebotsblatt

- die ausgefüllte Anlage 1 Eigenerklärung, dass kein zwingender oder fakultativer Ausschlussgrund vorliegt
 - die ausgefüllte Anlage 2 Erklärung zur Tariftreue, Mindestentgelt und bezüglich SchwarzArbG
- Alle genannten Unterlagen sind dem Angebot beigelegt.

2. Preise

Ich biete/Wir bieten die Ausführung der beschriebenen Leistungen zu den von mir/uns eingesetzten Preisen und mit allen den Preis betreffenden Angaben wie folgt an:

	Einzelpreis Netto	Einzelpreis Brutto	Anzahl	Gesamtbrutto	Gesamtbrutto
Leistungsposition 1: 270 m ³ Sägemehl					
Leistungsposition 2: Anlieferung nach Mosbruch					
Gesamtsumme					

Erklärungen:

- a. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung den Ausschluss von dieser und von weiteren Ausschreibungen zur Folge haben kann.
- b. Wird das Angebot an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt das Angebot als nicht abgegeben.
- c. An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ende der Zuschlagsfrist gebunden.

3. Die nachstehende Unterschrift gilt für alle Teile des Angebotes.

Wird das Angebotsschreiben an dieser Stelle nicht unterschrieben, gilt das Angebot als nicht abgegeben.

Ort, Datum, Stempel und Unterschrift

AUSSCHREIBUNG EINES AUFTRAGES ZUR BEREITSTELLUNG UND LIEFERUNG VON SÄGEMEHL

Anlage 4:

Lage des Lieferorts

(<https://www.google.com/maps/dir//50.264043,6.9500449/@50.2639575,6.9492997,180m/data=!3m1!1e3!4m2!4m1!3e0!5m1!1e4?entry=ttu>)

